

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

erscheint jeden Sonntag. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expedituren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inzerate die Zeile 3 Sgr.

Bei dem bevorstehenden Ende des Vierteljahres erlauben wir unsere Leser um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements, damit sie das Blatt ohne Unterbrechung regelmäßig weiterbekommen. Gleichzeitig erlauben wir unsere Leser, durch größtmögliche Verbreitung unseres Blattes demselben ihre Unterstützung zukommen zu lassen.

Ueber etwaige Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes bitten wir, bei dem betreffenden Expéditeur oder der betreffenden Postanstalt Beschwerde zu führen, da wir von hier aus unser Blatt regelmäßig an jedem Donnerstag mit den Abendzügen versenden, so daß es auch in den entferntesten Gegenden unseres Vaterlandes am Sonntagabend Abend in den Händen unserer Abonnenten sein kann. Sollte, trotz unseres Bemühens, in keiner Weise gegen eine geistliche Bestimmung zu fehlen, doch einmal durch eine Beschlagnahme unseres Blattes eine Unregelmäßigkeit in der Versendung eintreten, so werden, davon sind wir überzeugt, unsere Leser diese Unregelmäßigkeit uns nicht zur Last legen, sondern uns ihr Wohlwollen nach wie vor erhalten.

Die Reaktion.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ jagt ihren Lesern in's Gesicht, es sei ein bloßer „Wahn“, daß „jetzt eine traurige Zeit für Preußen“ sei. Ungeachtet der budgetlosen Verwaltung, so schreibt sie, habe die Regierung es doch zu Wege gebracht, daß das Volk die jetzige Zeit ganz und gar nicht mehr für eine „traurige“ ansehe. — Mit solchen und ähnlichen Redensarten will sie natürlich diesem oder jenem hohen Gönner weiß machen, daß das preussische Volk wohl gar seine besondere Freude an dem jetzigen Zustande hat, und daß nur die Regierung, aber nicht das Volk, es für einen „lebensunverträglichen Zustand“ ansieht, daß das, von der Verfassung unbedingt gebotene, Gesetz über den Staatshaushalt auch in der bevorstehenden Sitzung unserer Volksvertretung, wie die „Prov.-Korr.“ voraussetzt, nicht zu Stande kommen wird.

Indes wäre es doch möglich, daß die Herren von der „Prov.-Korr.“ selbst an das glauben, was sie schreiben oder schreiben lassen. Dann läßt sich mit ihnen nicht streiten, aber es kann doch noch immer Ohren im Lande geben, denen das Gerede der „Prov.-Korr.“ wie eine Stimme der Wahrheit klingt, und die sich einreden lassen, daß die Worte, die aus dem Munde kommen, weiter nichts sind, als ein bloßes schredhaftes Märchen.

Trotz alledem glauben wir der „Prov.-Korr.“ herz-

lich gern, daß die Regierung nicht „guten Muthes“ dem Landtage entgegen geht. Auch haben wir niemals behauptet, daß die Regierung es ist, welche „einen Erfolg schon in der Fortführung der sogenannten budgetlosen Verwaltung finde“. Wohl aber laßt die Reaktion sich darüber in's Häufchen. Und nicht bloß in's Häufchen. Nein, sie hat es essen und laut in ihren Blättern verkündet, daß das Nichtzustandekommen des verfassungsmäßigen Staatshaushaltsgesetzes gerade ihr Sieg ist, und daß jetzt ihre Sache triumphiren wird. Diese Reaktion hat sich seit fast vier Jahren selbst zur eifrigsten Vorkämpferin der Regierung aufgeworfen; sie hat behauptet, daß sie dem Könige mit der unbedingtsten Treue und mit der tiefsten Unterwürfigkeit diene, und dabei hat sie verlangt, wie wir vor acht Tagen zeigten, die unverschämte Prahlerei sich erlaubt, daß sie der Krone jetzt die Macht genommen habe, sich und das Land niemals wieder von der „konservativen“ Majorität des Herrenhauses frei zu machen. Jetzt, behauptete sie, könne nur noch die „Revolution“ diese Majorität in eine freisinnige und volksthümliche umwandeln. Daher halten wir es für Pflicht, mit dieser Reaktion endlich einmal deutlich zu reden.

Reaktion ist kein Name, den etwa wir unseren Gegnern beilegen hätten. Nein, diese Herren selbst nennen sich Reaktionäre und sie rühmen sich, daß sie

mit allen Kräften an einer recht gründlichen Reaktion arbeiten. — „Reaktion“ aber ist ein lateinischer Wort

„Zurücktreibung“, „Zurückbringung.“ Ein politischer Reaktionsär ist also derjenige, der den gegenwärtigen Staat in einen früheren, nicht mehr vorhandenen Zustand wieder zurücktreiben und zurückdrängen will.

Wir fragen: wie weit will uns denn die Reaktion zurückdrängen?

Sie will nicht das ganze Alte, sondern sie beabsichtigt auch eine Neuerung, nämlich die, daß die oberste Herrschaft über den ganzen Staat nur dem Scheine nach in die alten Hände zurückkehre, in der Wirklichkeit aber an die reaktionären Herren selbst übergehen soll.

Zuerst also möchte die Reaktion den preussischen Staat scheinbar in denselben Zustand zurückbringen, in welchem er sich vor dem März 1848 befunden hat. Natürlich ist sie viel zu blind, um zu sehen, daß eben aus diesem Zustande damals alle die Dinge hervorgegangen sind, über welche sie selbst gerade am meisten sich beklagt. Der König, sagt sie, soll wieder „herrschen und regieren“ gerade wie damals. Er soll völlig unumschränkt sein; seine Verfassung und sein Recht des Vetos soll ihm im Wege stehen. Er soll nicht nöthig haben, auf irgend wen im Lande zu hören, als einzig und allein auf die Stimme derjenigen Rathgeber, die er selbst nach seinem absoluten Belieben sich gewählt hat, und die er eben so nach absolutem Belieben wieder entlassen kann. Seine Rathgeber, seine Minister sollen keinem Richter, keiner Volksvertretung und überhaupt keinem Menschen in der Welt verantwortlich sein, als ihm ganz allein. Das Volk soll eben so wenig wie damals das Recht haben, seinen Willen, seine Wünsche, seine Meinung durch den Mund seiner Vertreter auszusprechen. Wir sollen auch nicht mehr das Recht haben, in Vereinen und Versammlungen über unsere eigenen Angelegenheiten zu sprechen. Wir sollen auch in Zeitungen und Büchern nichts Anderes mehr lesen dürfen, als was die von den Ministern eingesetzten Beamten zu drucken erlauben. Ja, der König selbst soll, wo möglich, gar nichts Anderes aus dem Lande zu hören bekommen, als was seine Minister und Rathgeber und die Herren vom Hofe ihm erzählen. Dabei soll Alles, was der König nach Anhörung seiner Räte befehlt, ohne Weiteres Gesetz sein. Der Bürger und Bauer soll nichts zu thun haben, als stumm und blind zu gehorchen. Er soll bezahlen, was nach dem bloßen Gutdünken der Minister ihm an Steuern und Abgaben auferlegt wird; und sein schwer erworbenes Geld soll ausgegeben werden, ohne daß er einmal zu hören bekommt, wofür und wozu.

Das sieht nun freilich so aus, als ob die Herren von der Reaktion die Absicht hätten, ganz eben so willkürliche Unterthanen zu werden, wie wir es sein sollen. Aber daran denken sie nicht im Entferntesten. Im Gegentheil, sie denken, daß die alte absolute Monarchie nur dem Namen nach wieder hergestellt zu werden

braucht, und sie hoffen dann so fest bei Hofe zu sitzen, daß sie das Ohr des Königs ganz allein für sich haben.

„Reaktion“, beneidest du, wozu dann gar nicht anders können, als Leute aus ihrer Mitte zu seinen Ministern zu machen, und immer so zu regieren, wie sie es gerade wünschen und unter Umständen verlangen. Sie hoffen, daß sie selbst dann die Herren im Lande über und alle sein werden.

Das wäre dann der Rückschritt bis vor 1848. Aber es wäre auch nur der erste, dem noch ein zweiter folgen muß, wenn sie ihr Ziel ganz erreichen wollen.

Der zweite Rückschritt soll bis vor 1807 zurückgehen, und damit sie den machen können, soll gerade die wiederhergestellte absolute Monarchie ihnen die Fäden des Staates in die Hände geben. Alle die schönen und vortheilhaften Einrichtungen, welche wir von 1807 bis 1813 besonders den großen Staatsmännern Stein und Scharnhorst verdanken, sollen von Grund aus umgestoßen werden, so weit sie nämlich sich irgend noch umstoszen lassen. Die Rittergüter sollen wieder ausschließlich, so weit es geht, in die Hände des Adels kommen. Der Bauer soll wieder in die alte Unfreiheit zurückfallen; er soll dem Gutsherrn wieder zu den alten Diensten verpflichtet werden, so weit dieselben heut zu Tage noch zu gebrauchen sind. Er soll wieder, wie damals, seinen Hof nur verkaufen und erwerben, seine Söhne und Töchter nur verheirathen können, wenn es der Gutsherr erlaubt. Auch soll der Bauer es sich ruhig gefallen lassen, wenn die Jagd des gnädigen Herrn wieder über seine Felder geht, und das Wild seine Saaten und seine Ernten zerstört. Auch der Bürger soll wieder Lasten tragen, von denen der Edelmann frei ist, und der Handwerker soll wieder in die alten Bünde gezwängt werden, damit er nicht übermüthig und damit er wieder eben so arm werde, wie fast alle Handwerksleute es vor sechzig Jahren waren.

Das und noch gar manches Andere, besonders was Schule und Kirche betrifft, haben die Herren von der Reaktion im Sinne; und das nennen sie mit heuchlerischem Munde „Gottes Ordnung“, zu der das zuchtlose Bürger- und Bauernvolk zurückgebracht werden müsse.

Allen diesen Plänen steht freilich eine gar ernste und heilige Sache im Wege. Das sind alle die Eide, welche der König und alle Beamte, alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses auf die Verfassung geschworen haben.

Aber gerade gegen diese Eide richtet die Reaktion ihre glistigen Pfeile. Mit der größten Verdröhung der Worte und der Thatfachen hat sie seit Jahr und Tag zu beweisen gesucht, daß durch den Eid auf die Verfassung eigentlich Niemand gebunden, Niemand zu irgend etwas verpflichtet sei. Noch ganz vor Kurzem hat diejenige unter den reaktionären Zeitschriften, die gerade für die vornehmsten Leser bestimmt ist, nämlich die „Berliner Revue“, die namenlose Frechheit gehabt, zu behaupten, daß die beschworene Verfassung ein Ding sei, das eigentlich gar nicht mehr

existire, und weil sie nicht existire, so könne sie auch beim besten Willen von Niemandem mehr gehalten werden. Der König, sagt sie, ist also vollkommen berechtigt, „die Verfassungsurkunde sofort zu **zumachen** und **bei Seite zu legen**“, bis sie, was natürlich nie geschehen wird, einmal wieder von selbst zum Leben erwacht.

Darauf ist nichts zu erwidern, denn man muß annehmen, daß solche Worte doch nur in den Wind gesprochen sind.

Politische Wochenschau.

Preußen. Wenn man von allen Gerichten, welche ohne jede Gemisheit ihrer Richtigkeit in der Luft herumzufliegen, absteht, so ist eigentlich aus der vergangenen Woche sehr wenig politisch Wichtiges zu melden. In Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage scheint es allerdings, als ob die Aufnahme der Verhandlungen zur Herstellung eines definitiven Verzeichnisses, doch jetzt sich ziemlich deutlich, daß die Ansichten der preussischen und österreichischen Regierung so weit auseinandergehen, daß nicht wohl ein baldiges Ende der Verhandlungen abzusehen ist. Oesterreich hat jetzt endlich mit schweren Opfern wieder einiges Geld in seine Kassen bekommen, und es zeigt in Folge dessen gar keine Neizung, auf die Idee eines Verkaufes seiner Rechte auf Schleswig-Holstein einzugehen. Zu bemerken ist, daß der Großherzog von Oldenburg seinen Ansprüchen auf den Thron von Schleswig-Holstein entsagt haben soll; wie es heißt, ist er zu diesem Entschlusse gelangt, weil er die Schuldenlast, welche dem neuen Reiche auferlegt werden soll (etwa 30 Millionen Thlr. Kriegskosten und ein ebenso großer Antheil an der dänischen Staatsschuld), für zu groß hält; wir glauben aber, das Hauptmotiv seiner Ablehnung ist der Umstand, daß er eingesehen hat, es werde ihm nicht gelingen, seine Ansprüche zu begründen.

Am 3. d. M. sind die Provinzial-Landtage zusammengetreten. Den Seiten der Regierung ist ihnen eine Vorlage gereicht worden über die Ausbringung der Grundsteuer-Veranlagungs-Kosten, die von den Provinzen an die Staatskasse zurückgezahlt werden sollen. Es treffen hiernach auf die Provinz Brandenburg 1,048,939 Thlr., auf die Provinz Sachsen 1,236,012 Thlr., auf die Provinz Schlesien 1,432,033 Thaler, auf die Rheinprovinz 842,114 Thaler, Pommern 662,440 Thaler, Preußen 1,095,509 Thaler, Westfalen 186,203 Thaler. — Wie unsere Leser sich erinnern werden, hat das Abgeordnetenhaus auf den Antrag des Abg. v. Benda beschloffen, daß diese Kosten nicht von den einzelnen Provinzen zurückstattet werden sollen, sondern daß sie auf den Staatsschatz übernommen werden sollten.

Schleswig. Die Behörden schließen einen Verein nach dem andern, sie verbieten die Aushängung der Bilder des Herzogs Friedrich von Augustenburg und seiner Gemahlin, sie verbieten mehrere in Holstein erscheinende Zeitungen, welche offen die Augustenburgische Fahne festhalten, alles das sollen Beweise sein, wie wenig Anhang diese Partei in Schleswig hat. Merkwürdig ist, daß das Volk so feige ist, daß es auf solchem Vorgehen gerade zu der entgegengesetzten Ansicht kommt.

Holstein. Der österreichische Statthalter hat bei verschiedenen Gelegenheiten seine Meinung dahin ausgesprochen, daß er nicht gelonnen sei, irgendwie in die politischen Angelegenheiten des Herzogthums gewaltsam einzugreifen. So hat er in **Wittich** dem versammelten Volke gesagt: Ich

werde nach wie vor an den in der Proklamation beim Antritt meiner provisorischen Regierung ausgesprochenen Grundsätzen festhalten, ich werde stets die geistlichen und materiellen Interessen der Einwohner des Herzogthums Holstein, sowie die bestehenden Landesgesetze beachten, damit kein Holsteiner bei meinem eventuellen Weggange von hier sagen kann, ich habe rechtlos regiert. Ich will hier im Lande nicht als türkischer Pasha regieren“, und den Geistlichen in **Eimsbörn** hat er gesagt, ihre Aufgabe sei es, der Bevölkerung in der augenblicklich so zweifelhaften Lage Muth und Zuversicht einzupfeifen. Er gedente, fügte er hinzu, das Land als christlicher Mann zu verlassen.

Rassau. Vor einigen Tagen fand in der Ständeverammlung bei Gelegenheit der Frage über die Bewilligung einiger Stipendien für Studierende der katholischen Theologie eine interessante Debatte statt. Die Majorität des Ausschusses hatte beantragt, die geforderten Stipendien für katholische Theologen, welche in der Anstalt des Bischofs Ketteler zu Mainz vorgeliegt werden, nicht zu bewilligen. Hierüber entstand eine lebhafte Debatte. Der Stellvertreter des katholischen Bischofs zu Limburg sah sich veranlaßt, den Beschluß des frankfurter Parlaments, welcher die Aufhebung eines geistlichen Ordens bezweckte, lächerlich zu machen; der Abg. Dr. Siebert diente ihm mit folgenden Worten: „Der Allem muß es mich Wunder nehmen, daß der Herr Stellvertreter den geistlichen Orden nicht genannt hat, dem jener Beschluß des frankfurter Parlaments gegolten. Er galt der Ausweisung der Jesuiten, jenes **gemeinschaftlichen aller Institute**, (Zurück Seitens der Klerikalen: Nein, es handelte sich um die Hierarchie und Ordenspersonen!) Abg. Siebert (fortgesetzt): Meine Herren, nennen Sie die Ordensleute Jesuiten oder Hierarianer. Es ist bekannt, daß die Jesuiten sich unter verschiedenen Namen und in verschiedenen Trachten mit langen und mit kurzen Röcken da einschmuggeln, wo man sie verdrängt hat (Gelächter). Der Parlamentsbeschluß galt also den Jesuiten, und das ganze gesittete Zeitalter ruft jenem Beschlusse „Bravo“ zu. Mit sicherem Takte hatte das Parlament die Art an die Wurzel alles Uebels gelegt. Es hatte erkannt, daß die jesuitischen Bestrebungen denjenigen Zielen feindlich gegenüberstünden, welche auf die Einheit und Freiheit Deutschlands gerichtet waren; und wenn in unseren Tagen wiederum ein deutsches Parlament über die Gesetze des Väterlands zu entscheiden berufen sein wird, so wird es jenen Beschluß des ersten Parlaments sicherlich gutheissen. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Neben mir die Herren von der Jesuite nicht von den Zuständen in Amerika, denn sie bekämpfen sie täglich die bürgerliche Freiheit, welche in Amerika ihre Triumphe feiert. Helfen Sie (zur Rechten) uns Zustände schaffen, wie sie in Amerika bestehen, wir werden uns über die Erfolge der Hierarchie und des Jesuitismus beruhigen können. Gerade dieser Geist ist es, welcher in der „Kettelerischen“ Anstalt großgezogen werden soll: es ist nicht der Geist, welcher auf unseren deutschen Hochschulen waltet, nicht der Geist der wissenschaftlichen Forschung den wir mit Stolz den deutschen nennen, sondern der Geist, der aus der Synagoga und dem Synodus spricht, nicht der acht christliche, humane Geist der Ansbach und Lieber, sondern der Geist des Hasses und der Unterdrückung. (Bravo) Es wäre selbstmörderisch, wenn wir aus Landesmitteln die Waffen schmelzen wollten, welche gebraucht werden sollen, nicht um katholische Lehre und Sitte zu vertheidigen, sondern um die bürgerliche Freiheit zu vernichten.“ (Anhaltender Beifall in der Versammlung und unter den Zuhörern.) — Die Anfordernng wurde nach längerem Debatten gestrichen.

Im Klub.
(Ein Gespräch.)

Personen: Kommerzienrath Schnappmeier, Geheimrath Wichtigeimer, Rittmeister v. Schmeier.

(In einem schön ausgestatteten Zimmer sitzen an einem Tisch, auf dem sich Reste eines Dinners und mehrere theils volle, theils geleerte Gläser Champagner befinden, Kommerzienrath Schnappmeier und Geheimrath Wichtigeimer.)

Kommerzienrath Schnappmeier. Haben Sie schon gelesen, Herr Geheimrath, daß man es wagt, von der Regierung zu sagen: „Sie leben der nächsten Kammeression nicht guten Rathes entgegen.“

Geheimrath Wichtigeimer. Nein. Was Sie mir sagen, ist ja ganz unerschöpflich! diese Literaten sind doch ein verzwecktes Volk. Man hätte glauben sollen, daß sie durch die vielen Verurtheilungen in Folge der strengen Handhabung des Pressgesetzes eingeschüchtert sein würden. Aber nein: in immer neuen Wendungen wagen sie es, unser herrliches Ministerium anzugreifen. Diese Menschen gleichen wahrlich den Fliegen, welche, so oft man sie auch mit gewaltigen Schlägen von der Nasepinde verscheucht, sich doch stets von neuem auf dieselbe Stelle setzen. — Es ist kaum glaublich! Also nicht guten Rathes soll unsere tapfere Regierung der nächsten Kammeression entgegengehen? Was kann damit gemeint sein?

— Offenbar zielt das auf den Vertrag mit der Köln-Mindener Bahn. Pah! was will die Kammer dagegen thun? Wenn sie auch den Vertrag für unerbittlich für den Staat erklärt, die dreizehn Millionen haben wir in der Tasche und kein Kammerbeschluß kann sie daraus entfernen.

Kommerzienrath Schnappmeier (bedenklich). Verzeihen Sie eine Frage, Herr Geheimrath. Glauben Sie wirklich, daß das Abgeordnetenhaus so weit gehen könnte, den Vertrag für ungültig zu erklären?

Geheimrath Wichtigeimer. Das halte ich allerdings für sehr wahrscheinlich, aber sein Sie ganz ruhig, die Regierung wird durch solche eine Ungültigkeitserklärung gewiß nicht erschüttert werden, da sie die Hauptsache, das Geld, schon eingestrichen hat.

Kommerzienrath Schnappmeier. Sie erschrecken mich! ich habe nie an diese Möglichkeit gedacht. — Für die gegenwärtige Regierung mag die Sache allerdings nicht belangreich sein. Die Kammer hat keinen Exekutor, durch welchen sie dem Ministerium die dreizehn Millionen abnehmen lassen kann; aber denken Sie doch an die Zukunft! Welche Verluste können für die Aktionäre der Köln-Mindener Bahn aus einer Ungültigkeitserklärung des ganzen Geschäftes entstehen! Wie alle menschlichen Dinge wird auch das Ministerium Bismarck einmal sein Ende finden. Wenn dann die liberale Partei an's Ruder kommt und den früheren Beschluß zur Ausführung bringt, indem sie die Köln-Mindener Aktien zwangsweise zum Nennwerthe ankauft! Schreien doch die Blätter dieser Partei schon jetzt einmüthig, daß die Regierung allein nicht berechtigt gewesen wäre, dieses gesetzlich festgesetzte Recht des Staats zu verkaufen. Bedenken Sie doch, was dann aus den Aktionären werden soll, welche dieses Recht der Regierung für baare dreizehn Millionen und unter Aufgabe anderer wichtiger Rechte abgekauft haben! — Sagen Sie mir doch aufrichtig Ihre Meinung. War die Regierung wirklich nicht befugt zum Abschluß des Vertrages?

Geheimrath Wichtigeimer. Nun, nun! sein Sie nur nicht gleich so ängstlich! — Wir sind ja unter und uns zu dorf ich Ihnen wohl sagen, daß man allerdings bisher immer angenommen hat, ein Gesetz könne nur durch ein Ge-

setz aufgehoben werden. Es kann auch nicht wohl gelangeet werden, daß jenes Ankaufsgesetz der Köln-Mindener Bahn durch ein Gesetz festgesetzt worden ist. Es ist daher gar nicht unmöglich, daß das im Januar zusammenzutretende Abgeordnetenhaus, hierauf fußend, in seiner Oppositionswuth den Vertrag für unerbittlich für den Staat erklärt. — Indes bis zur Ausführung dieses Beschlusses, in der von Ihnen befürchteten Art, wird noch viel Wasser über die Erde laufen und noch manches aus dem Gedächtniß der Menschen herausfallen. Inzwischen zieht Sie Jahr für Jahr eine immer fetter werdende Dividende aus Ihren Köln-Mindenern und kommt es ja einmal schlimm, so haben Sie ja Ihre Verbindungen, durch welche Sie zeitig genug Wind bekommen, so daß Sie Ihre Aktien noch vor dem Ausbruch des Unwetters verkaufen können. (Der Kommerzienrath schüttelt ihm herzlich die Hand. In dem Augenblick tritt der Rittmeister v. Schmeier grüßend in das Zimmer.)

Geheimrath Wichtigeimer (fortfahrend). Doch wir sind von dem Ausgangspunkt unseres Gesprächs abgekommen. In welchem Schandblätt haben Sie, mein werther Herr Kommerzienrath, denn die freche Behauptung gelesen, „daß die Regierung der nächsten Kammeression nicht guten Rathes entgegengehe?“ Ach, finde, daß die Unverschämtheit der liberalen Presse, trotz der vielen Verurtheilungen, täglich größer wird. Unter solchen Umständen ist es Nichts eines jeden treuen Beamten, nach Kräften die Behörden zu unterstützen, welche zur Verfolgung der Pressverbrechen angestellt sind. Welches Blatt war es also, in dem Sie jenen Satz gelesen, ich möchte gern meinen Freund den Staatsanwalt Jangmeier darauf aufmerksam machen.

Kommerzienrath Schnappmeier. Ich muß sehr bedauern, Ihre Frage nicht beantworten zu können; ob meine Augen auf jener Zeit ruhen, war ich so entsetzt, daß ich das Blatt sofort bei Seite warf, ohne auch nur eine Zeile weiter zu lesen und nach dem Titel dieser ruchlosen Zeitung zu sehen. Nur so viel weiß ich mich zu erinnern, daß jene Worte das Ende eines Aufsatzes bildeten.

Rittmeister von Schmeier (an den Tisch tretend). Ich bitte die Herren, es nicht übel zu nehmen, wenn ich mich in ihr Gespräch mische; aber ich bin im Stande einen Strichum aufzuklären. Die von dem Herrn Kommerzienrath angeführten Worte bilden allerdings das Ende eines längeren Artikels. Derselbe steht aber in keinem Schandblatt, sondern in unserer trefflichen Provinzialkorrespondenz und es wird in jenem sehr guten Artikel die Kammer bereits im Voraus thätig abgetrimpt. Unser verehrter Herr Kommerzienrath hätte sich von seinem patriotischen Eifer nicht so fortsetzen lassen und den Satz zu Ende lesen sollen, da würde er gefunden haben, daß jene ihm so anstößige Stelle einen ganz anderen Sinn hat. Im Zusammenhang lautet er, wie ich mich noch genau erinnere, also: „Die Regierung sieht dem bevorstehenden Zutritt des Landtages nicht guten Rathes, aber mit gutem Gewissen entgegen.“

Geheimrath Wichtigeimer. So, das ist allerdings etwas ganz Anderes. Herr Kommerzienrath, ich begreife es gar nicht, wie Sie so unaufmerksam lesen können! (Der Kommerzienrath blüht beständig nieder, der Geheimrath aber sieht sich freundlich um, fällt drei Gläser, erhebt sich und fährt also fort): Stehen Sie an, meine Herren:

„Es lebe das gute Gewissen unseres verehrten Ministeriums Bismarck!“

Alle drei (mit einander anstehend) Hoch! Hoch und nochmals Hoch!